drückung des Sklavenhandels vorsieht. Die deutsche Begründung der Maßnahmen, daß nämlich die Haltung Englands die Versorgung der besetzten Gebiete immer schwieriger mache, wird als unzulässig zurückgewiesen, da die Blockademaßnahmen der Alliierten regelrechte Kriegshandlungen seien, gegen die Deutschland keine Beschwerden erheben könne. Briand gibt in dem Begleitschreiben zum Gelbbuch zu, daß die französische Regierung natürlich die Einzelheiten ihrer Beweisstücke nicht hat nachprüfen können, da es sich um Vorgänge im besetzten Gebiete handle. Die deutsche Regierung möge, wenn sie die französische Auffassung anfechten wolle, die neutralen Mächte zur Untersuchung besonders der Ereignisse von Lille, Roubaix und Tourcoing vom 22. bis 29. April 1916 ermächtigen.

In Holland erregt die Forderung der französischen Regierung, daß die Neutralen zur sogenannten Wegführung der Zivilisten aus den besetzten Teilen Nordfrankreichs Stellung nehmen sollen, nur Befremden und Kopfschütteln. Die Presse verhält sich zu der französischen Note durchaus ablehnend. Die „Tijd" schreibt: Diese Note hat eine schwache Seite. Sie richtet Beschuldigungen gegen Deutschland, doch wird schon im voraus gesagt, daß diese Beschuldigungen nicht direkt durchaus begründet seien, und daß in diesem Fall Deutschland die Unwahrheit der Beschuldigungen zu beweisen haben werde. Natürlich werde Deutschland sich weigern. Auf der anderen Seite sei es für die Franzosen selbstverständlich sehr schwer, sichere Daten über das besetzte Gebiet zu erhalten. Indessen, welcher Neutraler bildet sich auch nur einen Augenblick ein, daß ein Protest ihrerseits bei den kriegführenden Mächten irgendeinen Erfolg haben werde?

Die deutsche Antwort an Grey.

Aus Washington wird berichtet, in einer deutschen Note wird Großbritanniens Anerbieten, die Durchfuhr von Lebensmitteln aus Amerika nach Polen zuzulassen, abgelehnt, weil die daran geknüpften Bedingungen unausführbar sind. Es wird in der Note nicht von Wilsons persönlichen Bemühungen gesprochen, sondern gesagt, daß weitere Verhandlungen zwecklos seien und eine Unterstützung durch Amerika wahrscheinlich infolge der günstigen Ernteaussichten in Deutschland nicht notwendig ist.

Hungerkrieg auch gegen Norwegen.

Die Briten haben nunmehr den Norwegern nicht nur die Mehlzufuhr, auch die Zufuhr von Korn, Kolonialwaren und Fett gesperrt, und schon erhebt sich drohend das Gespenst eines Kohleneinfuhrverbotes, das die norwegische Industrie bei dem Mangel des Landes an Kohlen aufs empfindlichste treffen müßte. Was kümmert es John Bull, daß ihm die norwegische Handelsflotte schon jetzt ein gutes Teil des eigenen Schiffsmangels ersetzt. Er möchte Norwegen völlig unter seine Knute haben, möchte jeden Handelsverkehr des neutralen Landes mit dem Deutschen Reiche unterbunden wissen. Auch die Norweger, die bisher in ihrer großen Mehrheit der Entente weit mehr Sympathien entgegenbrachten als uns, müssen sich allmählich davon überzeugen, wie blutig ihre Rechte von England verhöhnt werden. Zudem da die Lebensmittelzufuhr infolge einer im nördlichen Teile des Landes drohenden Mißernte in diesem Jahre noch wichtiger erscheint als sonst in guten Erntejahren. Aber es wird schon eines sehr scharfen Auftretens bedürfen, um die Regierung in London, wenn auch nicht zu einer vollkommenen Aufhebung, so doch einer Milderung ihres Hungerkrieges zu bestimmen. John Bull ist ein gar dickfelliger Geselle.

Französischer Mannschaftsmangel.

Wie schweizerische Blätter melden, verwenden die französischen Militärbehörden, offenbar aus Mangel an Mannschaften, künftig zur Gefangenenbewachung auch Zivilisten, die aus jedem Militärverhältnis ausgeschieden sind. Diese Gefangenenwärter erhalten einen Lohn von 3 Franken.

Fast 7% Zinsen.

Newyork American erfährt aus guter Quelle, daß Frankreich fast 7% Zinsen auf die eben bekanntgegebene Anleihe von 100 Millionen Dollar bezahlt.

Der Papst für Casement.

Aus vatikanischen Kreisen will „L'Italie" wissen, daß der Papst vom König von England die Begnadigung Casements nachgesucht habe, durch den englischen Gesandten, den er dieser Tage in Privataudienz empfing. Man glaube, daß König Georg den Wünschen des Papstes nachgeben werde.

Italienische Zensur.

Der katholischen „Italia", der „Stampa" in Turin und der „Nazione" in Florenz ist seit 4 Tagen die Versendung ihrer Zeitungspakete ins Ausland untersagt worden. Die Ursache soll eine kurze Notiz über Truppenhilfe für Frankreich sein. Seit 4 Tagen kommen keine römischen Zeitungen in der Südschweiz an, auch Briefe jeglicher Art bleiben aus. Italienische Telegramme trafen mit 5 tägiger Verspätung in Lugano ein.

Der amerikanische Einspruch gegen die schwarzen Listen.

Die sich aus der englischen schwarzen Liste ergebende Lage hat nach Beurteilung in Washington an Ernst zugenommen. Die amerikanischen Kaufleute wollen sich zu einem wirksamen Einspruch vereinigen. — Depeschen des „Newyork American" aus Washington zufolge, versuchte Wilson, England davon abzubringen, Amerikaner auf die schwarze Liste zu setzen, doch wurde es glatt abgelehnt. Falls ein diplomatischer Einspruch erfolglos sein sollte, wird die Durchbringung eines Gesetzes erwogen, das ausländische amerikanische Häfen anlaufende Schiffe verhindern soll, irgendwelche Amerikaner unterschiedlich zu behandeln. Nach Ansicht eines Verwaltungsbeamten soll die Gefahr eines ernsten Handelskrieges zwischen den Vereinigten Staaten und England bestehen, falls eine freundschaftliche Beilegung auf diplomatischem Wege unerreichbar wäre. — Nach einer Meldung der „World" aus Washington erörtern amtliche Kreise die Notwendigkeit der Einbringung eines Gesetzes beim Kongreß, welches Vergeltungsmaßnahmen gegen England und seine Verbündeten zuläßt, um sie zu genauer Beobachtung der Rechte Amerikas und der neutralen Länder zu bringen. — „Tribune" meldet aus Washington einen vollständigen Wandel in der Haltung der Regierung gegen England in den letzten beiden Tagen. Amerika sei jetzt zu der Notwendigkeit aufgerüttelt worden, einen strengen Stand mit bezug auf das einzunehmen, was als englische Verletzung amerikanischer Rechte zu betrachten sei. Nach Mitteilung des internationalen Nachrichtendienstes aus Washington macht eine von einem Botschaftsbeamten verfaßte energische Verteidigungsschrift es klar, daß noch mehr Firmen auf die schwarze Liste gesetzt werden sollen. Sie enthüllt den Beschluß Englands, die Neutralen mit Einschluß der Vereinigten Staaten zu zwingen, an der Ausrottung und Vertreibung des deutschen Handels mitzuarbeiten. — Eine Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts Prof. Stowell von der Columbia-Universität bezeichnet das englische Vorgehen als eine handgreifende Verletzung der amerikanischen Souveränität. Es sei erniedrigend für die nationale Unabhängigkeit und Selbstachtung sich ihr zu unterwerfen. Vergeltungsmaßregeln, nicht Worte, seien das geeignete Mittel, sich Achtung zu verschaffen gegen die fortgesetzte Verletzung souveräner Rechte.

Der deutsch-italienische Handelsvertrag gekündigt.

Die schon während der Pariser Wirtschaftskonferenz von Pariser Korrespondenten italienischer Blätter mitgeteilte Absicht der italienischen Regierung, den deutsch-italienischen Handelsvertrag von 1904 zu kündigen, sei nunmehr, so schreibt der „Petit Parisien" vom „Secolo"-Korrespondenten Campolonghi, zur Tatsache geworden. Campolonghi erblickt in dieser Maßnahme einen weiteren Schritt des römischen Kabinetts auf dem Wege zum lückenlosen Anschluß an seine Verbündeten. (Die Kündigung des von Italien längst gebrochenen Vertrages ist natürlich nur noch eine Formalität.)

Die Geldschwierigkeiten Italiens.

Nach einer Privatmeldung der „Neuen Züricher Zeitung" aus Vlissingen ist sicherem Vernehmen nach die Finanzierung der mindestens 900 Millionen Lire monatlich betragenden italienischen Kriegskosten auf der Finanzministerkonferenz in London nicht gelungen. Italien hat bisher die von England geforderte Verpfändung seiner Zolleinnahmen auch bei der vorgeschlagenen Geheimhaltung vor der Oeffentlichkeit und dem Parlament nicht zugestanden. Das Stillschweigen über die 20 Milliarden-Anleihe des Verbandes wäre demnach erklärlich.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Antwort des Kaisers an den Reichstagspräsidenten. Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht nachstehendes Antworttelegramm des Kaisers an den Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf: Meinen herzlichen Dank für Ihre freundlichen Segenswünsche und den Ausdruck zuversichtlichen Vertrauens in den glücklichen Ausgang der schweren Heimsuchung des Vaterlandes. Das deutsche Volk hat die von seinen erwählten Vertretern Mir am 4. August 1914 in die Hand gelobte Treue durch Heldentaten und Opfer ohnegleichen in den beiden Kriegsjahren glänzend betätigt. Gott der Herr wird — dessen bin ich gewiß — solche Treue lohnen durch seinen weiteren Beistand bis zur siegreichen Ueberwindung unserer Feinde und durch eine glückliche Zukunft des Vaterlandes. Wilhelm I. R.

Die Erklärung des Kriegsernährungsamtes. Der gestern veröffentlichten Erklärung des Vorstandes des Kriegsernährungsamtes haben sich weiter angeschlossen: Deutscher Landwirtschaftsrat: Dr. Graf von Schwerin-Löwitz; Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands: J. G. Jenen; Reichsausschuß für den Kleinhandel: Dr. Biller, Findeisen, Dr. Eberle; Reichsverband deutscher Städte: Saalmann, Dr. Bellian.

Ausgezeichnete Ernte in Bayern. In Bayern hat nach amtlicher Mitteilung die Heuernte einen Mehrertrag von 50 bis 80 Prozent gegenüber dem Vorjahre ergeben. Die Roggen- und Gerstenernte, die nahezu beendet ist, ist ebenfalls eine ganz ausgezeichnete.

Schweiz.

Der Regierungsrat des Kanton Basel-Stadt hat beschlossen, in Basel eine Schweizerische Mustermesse zu veranstalten, die erstmalig Mitte April 1917 abgehalten werden soll. In den vorbereitenden Ausschuß sind drei Vertreter des Regierungsrats abgeordnet und dem Departement des Innern der benötigte Kredit für die Vorarbeiten bewilligt worden.

China.

Die „Petersb. Telegr.-Agentur" meldet aus Peking: Hier fand die Eröffnung des Parlaments statt. Präsident Li-Yüan-Hung leistete den Treueid auf die republikanische Verfassung.

Der Ausbau des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes.

Zu diesem Thema ergreift in dem neuesten Heft der „Sächsischen Industrie", dem Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, der Direktor der Vereinigten Elbeschiffahrts-Gesellschaften A.-G., Dresden, Herr Gustav Peters, der dem Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller als Mitglied angehört, das Wort.

Er geht von der Tatsache aus, daß die Erfahrungen des Krieges in steigender Erkenntnis der Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von dem Ueberseehandel die Bedeutung leistungsfähiger Verkehrswege dem Bewußtsein aller Bevölkerungsschichten näher gebracht habe und daß kein anderes Reich des europäischen Festlandes so große weit ins Landinnere schiffbare natürliche Wasserläufe wie Deutschland besitzt. Dem naheliegenden Gedanken, sie miteinander durch Kanäle zu einem einheitlichen Wasserstraßennetz zusammenzuschließen, ist die Verwirklichung in den Jahren unserer friedlichen Entwicklung zum großen Teile leider versagt geblieben.

Der Verfasser behandelt dann weiter die Notwendigkeit der Verlängerung des jetzt in Hannover endenden Rhein-Weser-Kanals nach der Elbe. Dieses fehlende Verbindungsstück hätte gerade in der Zeit unserer wirtschaftlichen Kämpfe im hohen Maße militärische und wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen vermocht, wenn es dem Verkehr bei Ausbruch des Krieges zur Verfügung gestanden hätte. Nach weiterer Behandlung der Anschlußverbindungen Leipzigs an den Mittellands-Kanal und der Programme für die Herstellung einer Verbindung mit dem Rhein und der Donau geht der Verfasser weiter auf den wichtigen Donau-Oder-Elbe-Weg ein, dessen Verwirklichung bereits im österreichischen Wasserstraßennetz vom Jahre 1901 vorgesehen war, dessen planmäßige Ausführung jedoch aus innerpolitischen Gründen Oesterreichs im Jahre 1912 zur Vertagung gelangte.

Für den Elbeanschluß liegen drei verschiedene Planungen vor, von denen die Verbindung elbeaufwärts über Melnik bis Pardubitz und von dort östlich abzweigend mit einem bei Prerau in die künftige Oder-Donau-Wasserstraße einmündenden Querkanal die meisten Aussichten besonders in technischer Hinsicht für sich in Anspruch nimmt. Mit Ausnahme einiger genereller Studien liegen bestimmte Detailprojekte für den Elbe-Donau-Weg noch nicht vor. Nach älteren Vorberechnungen ist die Zahl der Schleußen auf der Strecke Melnik—Pardubitz—Prerau—Wien auf 50 veranschlagt worden, während die Linienführung der Moldau entlang bei Linz in die Donau einmündend nahezu die doppelte Schleußenzahl erfordern würde. Der Donauverkehr hat in den letzten Jahrzehnten nicht zu der Gestaltung geführt, wie wir sie auf unseren deutschen Strömen beobachten können, doch hat der Krieg einschneidende Wandlungen hier geschaffen, und es ist zweifellos, daß die Binnenschiffahrt große Leistungen auszuführen vermocht hätte, wenn ihr Zugangwege zur Verfügung gestanden hätten, um die Betriebsmittel (Schiffe usw.) aus einem Stromgebiet nach dem anderen zu überführen. Nur dem Mangel an künstlichen Verbindungswegen und der Rückständigkeit vorhandener Kanäle durch unzulängliche Abmessungen, die hinter den technischen Fortschritten zurückgeblieben sind, ist es zuzuschreiben, daß die östlichen Wasserstraßen — Donau und Weichsel — der Befahrung mit Rhein- und Elbeschiffen unzugängig blieben. Große Mengen der Getreideausfuhr aus den unteren Donauländern haben unter den gegebenen Verhältnissen den langen Beförderungsweg natürlich mit höherem Frachtaufwand, auf der Eisenbahn zurücklegen müssen. Der Uebergang auf die Wasserstraßen: Oder, Elbe, Rhein hat sich erst auf weit zurückliegenden Plätzen — auf der Elbe über böhmische und sächsische Umschlagsorte — vollzogen.

Der Aufsatz behandelt dann weiter die Wichtigkeit der Verbindung Donau-Elbe, die mit vollem Recht die gleichberechtigte Wertung wie die übrigen Verbindungen Donau-Oder und Donau-Main beanspruchen dürfte. Für die Anschlußverbindung der Elbe sprechen die Verkehrsdienste und Leistungsfähigkeit des Elbeweges, die aus Durchschnittsberechnungen nachgewiesene längere Betriebsdauer und die von der österreichischen Regierung in teilweiser Ausführung des österreichischen Wasserstraßengesetzes vom Jahre 1901 zur Kanalisierung der Oberelbe und Moldau in Höhe von mehr als 50 Millionen Kronen aufgewendeten Geldmittel. Für große Gebietsteile Oesterreich-Ungarns wird Hamburg auch in der Zukunft seine Bedeutung als ausschlaggebender Seehandelsplatz behalten. Seit der Reichsgründung 1871 hat der Elbeverkehr in Hamburg bis zum Jahre 1913 eine Steigerung um mehr als das zehnfache genommen. Die mit Binnenschiffen auf der Elbe in der Talrichtung in Hamburg angekommenen Gütermengen betrugen im Jahre 1913 4,65 Millionen Tonnen, die von Hamburg elbaufwärts beförderten Gütermengen in demselben Jahre 5,762 Millionen Tonnen. Dabei umfassen diese Ziffern bei weitem nicht den gesamten Güterverkehr auf der Elbe. Nicht eingeschlossen sind die böhmischen Braunkohlen, deren Verfrachtungsmengen im Jahre 1906 2,114 Millionen Tonnen betrugen, wovon nur ein verschwindend geringer Teil bis Hamburg gelangte. Nicht einbegriffen ist ferner der Zwischenortsverkehr, darunter jener auf der Strecke von Magdeburg nach Sachsen und Böhmen, sowie umgekehrt, und der im steten Aufschwung begriffene Güterverkehr durch den Trave-Kanal über Lübeck. Neben dem gesamten industriellen Aufschwung haben auf die Gestaltung des Elbeverkehrs sowohl die Beseitigung der Elbezölle, als auch die Fortschritte auf technischem Gebiet befruchtend eingewirkt. Umfangreiche, in der Nähe der Elbufer ansässiggewordene Industrien verdanken ihre Entwicklung nicht zum geringen Teile der billigen Verfrachtungsgelegenheit ihrer Rohstoffe und Erzeugnisse auf dem Wasserwege, dessen Verlängerung nach dem Osten ihnen neue Absatz-Gebiete erschließen wird. Eine Umgehung der von dem Elbewege beherrschten hoch entwickelten Wirtschaftsgebiete durch Bevorzugung nur der Donau-Oder-Verbindung, würde, abgesehen von ihrer schädlichen Zurücksetzung und der Unvollständigkeit des Wasserstraßennetzes auch zu einer schweren Benachteiligung zahlreicher Elborte durch Uebergang des Umschlagsverkehrs auf andere Plätze führen. Aus diesen Erwägungen haben in neuester Zeit verschiedene Körperschaften, Industrieverbände, Handelskammern und Städte sich des Gegenstandes angenommen. Nicht darauf können die Erörterungen länger gerichtet sein, „ob" die Verbindungskanäle erbaut werden sollen, nur das „wann" ist zur Zeitfrage geworden! Die Fingerzeige des Krieges, aus denen wir die Nutzanwendung ziehen müssen, sprechen zu ernst und deutlich zu uns, als daß ein Aufschub auf längere Zeit gutgeheißen werden könnte. Schwierigkeiten in der Erbauung sind nach dem heutigen Stande unserer Technik nicht zu erwarten; wenn sie sich dennoch einstellen sollten, wird sie die Wissenschaft der berufenen Fachmänner zu überbrücken wissen. Schließlich wird auch die Kostenfrage der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung gegenüber zurücktreten müssen.

Möchte der Donau-Elbeweg in allen Volksschichten ebenso unterstützungsbereite Anhänger finden, wie sie den angestrebten Verbindungen Donau-Main und Donau-Oder in ihren Kreisen erstanden sind.

Ergebnis der Volksspende für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Die in Sachsen unter der Schirmherrschaft Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Prinzessin Johann Georg stehende allgemeine Deutsche Sammlung: „Volksspende für die Deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen" hat in den Sammeltagen des 7. und 8. Juli im ganzen Königreiche bisher die hocherfreuliche Gesamtsumme — abzüglich der entstandenen Unkosten — von rd. Mk. 523 000 erbracht. Da z. Zt. noch einige Beiträge ausstehen, auch das Ergebnis der am 9. Juli in den Kirchen des Landes abgehaltenen Collekte noch nicht vollkommen feststeht, kann sogar mit einem

Gesamtreinertrag der Spende von etwa Mk. 550 000

gerechnet werden. Nach den seinerzeit bei Genehmigung der Sammlung durch das Kgl. Sächsische Ministerium des Innern erlassenen Bestimmungen sind von diesem Reinertrage drei Viertel dem deutschen Hauptarbeitsausschusse nach Berlin zu überweisen, während ein Viertel der Verfügung des Sächsischen Landesarbeitsausschusses der Volksspende untersteht. Einem Beschusse des letzteren zufolge soll dieses Viertel — im Sinne des Zweckes der Sammlung und der Geber — ebenfalls zur Pflege und Fürsorge für die Gefangenen in Feindesland Verwendung finden und von dem Landesausschusse der Vereine vom Roten Kreuz im Königreiche Sachsen ausschließlich in diesem Sinne verwaltet und verwendet werden.

Das hervorragende Sammelergebnis legt wiederum ein glänzendes Zeugnis, sowohl für die schon so oft betätigte Opferfreudigkeit des gesamten sächsischen Volkes, als auch für seine treudeutsche Gesinnung ab, wenn es gilt einzutreten für die allgemeinen Interessen unseres Reiches und unserer tapferen deutschen Heere. Möge ein Jeder der einen Beitrag zur Spende gegeben, des Dankes der unter fremdem Joche schmachtenden deutschen Gefangenen sich versichert halten, möge er davon überzeugt sein, daß durch die „Volksspende" schweres Leid Linderung und Abhilfe erfahren wird. Die Versorgung unserer Gefangenen in Rußland und Sibirien mit warmer Kleidung, die Lieferung von Zusatznahrung und Medikamenten an viele Deutsche in feindlichen Ländern, endlich großzügige Liebesgabensendungen usw., verteilt ausschließlich unter Aufsicht von Vertretern neutraler Staaten, werden hierzu helfen!

In den größeren sächsischen Orten sind für die Volksspende (in runden Zahlen) und im einzelnen gesammelt worden: in Dresden M. 80 000, in Leipzig M. 32 000, in Chemnitz M. 18 600, in Plauen M. 8320, in Bautzen M. 7820, in Zittau M. 6200, in Meißen M. 4370, in Freiberg und Blasewitz je M. 4200, in Crimmitschau M. 3500, in Reugersdorf M. 3820, in Pirna M. 2300 usw. usw.

Welche erhebliche Arbeitsleistung der unter dem Vorsitze des ordentl. Professors an der Technischen Hochschule Geheimrat M. Foerster stehende Sächsische Landesarbeitsausschuß zu erledigen gehabt hat, mag daraus ersehen werden, daß bei der Vorbereitung und Durchführung der Sammlung mit nicht weniger als 3400 verschiedenen Dienststellen im Lande zu verkehren war, daß etwa 7000 Briefe, sowie 10 000 Sendungen von Sammelbüchsen, Sammellisten und Anschlägen herausgegangen sind und etwa 3500 verschiedene Geldeingänge zu buchen und zu verrechnen waren. Die umfangreichen Kassen-Geschäfte für die Sammlung und deren Abrechnungsarbeit lagen in den Händen des Schatzmeisters des Landesausschusses vom Roten Kreuz Geheimen Hofrat Ernst und des Direktors der Sächsischen Bank Kommerzienrat Grimeberg. Die Gesamtunkosten der Sammlung haben nur rund M. 16 000, d. i. für den einzelnen der 3200 Sammelorte in Sachsen nur M. 5.— betragen.

Möge die Sammlung — dem Willen der Spender, der Veranstalter und Leiter entsprechend — reichen Segen für unsere deutschen Gefangenen erbringen und ihnen zeigen, wie dankbar das gesamte deutsche Volk ihrer gedenkt!

Wer Hafer, Mengkorn, Mischfrucht, worin sich Hafer befindet, oder Gerste über das gesetzlich zulässige Maß hinaus verfüttert, versündigt sich am Vaterlande.